

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 21

Rubrik: Medienspiegel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Medienspiegel ► Medienspiegel ► Medienspiegel ► Medien

Die nachfolgenden Kurzmeldungen sind das Ergebnis der regelmässigen Durchsicht und Bearbeitung von fünf Tageszeitungen, sechs Wochenzeitungen und zehn Monatszeitschriften in russischer Sprache sowie des ersten Programms des Moskauer Fernsehens.

Sozialismusnostalgie

In einer Rede sagte der litauische Präsident Brasauskas (früher selbst führender Kommunist): «In den meisten postkommunistischen Ländern ist die Nostalgie nach der Vergangenheit noch sehr stark, nach jener Zeit, als die autoritäre Regierung dem Volk dessen minimale Bedürfnisse garantierte, aber auf Kosten der Freiheit. Ohne rechtzeitige gemeinsame Massnahmen kann diese Nostalgie nach der pseudosozialistischen Vergangenheit die Entwicklung einiger Länder in einer Richtung fördern, die für uns alle unannehmbar ist.»

(«Iswestija», 30. 9. 93)

Stalinisten drohen mit Terror

Während manche überempfindliche Formaljuristen die letzten Massnahmen Boris Jelzins kritisieren, veröffentlichte die Presseagentur «Interfax» ein Interview mit dem Sicherheitschef des «Bundes sowjetischer Stalinisten», Viktor Fedosow: «Wenn bis 6.00 Uhr am 28. September der Vorsitzende des Offiziersvereins, Oberstleutnant Stanislaw Terechow (Anführer der Angreifer beim Überfall auf den Stab der GUS-Streitkräfte am 23. September; Anm. d. Red.), nicht aus der Haft entlassen wird, wird unser Verein zum Terror übergehen. Es geht dabei um die physische Vernichtung von Personen aus der Umgebung des Präsidenten.»

(«Iswestija», 29. 9. 93)

Aserbajdschan jetzt in der GUS

Die «neue» alte Führung Aserbajdschans (das frühere Politbüromitglied Geidar Alijew) hat jetzt den Beitritt der Republik zur GUS erreicht. Eine grosse Mehrheit in der Nationalversammlung stimmte für die Ratifizierung der GUS-Statuten sowie der Verträge über die kollektive Sicherheit und Wirtschaftsunion der GUS-Mitglieder.

(«Iswestija», 1. 10. 93)

Machtkonzentration in der Ukraine

Der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk hat die Leitung des Ministerrats übernommen. Die Gründe dafür sehen politische Beobachter in der dramatischen Zuspitzung der Wirtschaftskrise in der Ukraine und in den Ereignissen in Moskau. Die Leitung des Ministerrats ist neu, die Minister sind fast alle die alten. Die wichtigsten sind: Jefim Swjagilskij und Valentin Landik (Vizepremier), Roman Spek (Wirtschaftsminister), Alexander Jemez (Minister für Nationalitäten und Migration) und Iwan Dozenko (Kabinettsminister). Neu ist die Gründung des Koordinationskomitees für die Verwirklichung der Marktrefor-men und die Überwindung der Wirtschaftskrise. Das neunköpfige Komitee besteht aus Unternehmern und Bankinhabern und wird auch von Krawtschuk geleitet.

(«Iswestija», 1. 10. 93)

Neuer Verfassungshüter

Der bisherige Präsident des russischen Verfassungsgerichts, Valerij Sorkin, der eine sehr aktive, aber nicht sehr eindeutige Rolle im monatelangen Konflikt zwischen dem Präsidenten und der Regierung einerseits und dem Obersten Sowjet andererseits spielte, tritt zurück, weil er sich auf Empfehlung der Ärzte in Spitalpflege begeben muss. Sein Nachfolger wird der bisherige Stellvertreter, Nikolai Wetruk.

(TV Moskau, 5. 10. 93)

Keine Pressezensur

Die vor zwei Tagen für verschiedene Zeitungen eingeführte Zensur wird sofort aufgehoben, weil dies in keinem Präsidialdekret vorgesehen war und folglich ungesetzlich ist. Sie wird mit dem Übereifer einzelner Instanzen erklärt. Es bleibt unklar, ob dies auch das Verbot einiger Zeitungen wie «Prawda» oder «Sowjetskaja Rossija» betrifft.

(TV Moskau, 5. 10. 93)

«Alle stehen vor der Wahl: entweder die Extremsten totalitären Typs unterstützen, die das alte Sowjetsystem wieder einführen wollen, oder mit dem Präsidenten zusammenarbeiten...» Jewgenij Ambarzumow, Vorsitzender des aussenpolitischen Komitees des Obersten Sowjets (zurückgetreten vor der Auflösung des Parlaments wegen unüberwindlicher Differenzen mit Ruslan Chasbulatow).

(Auswahl und Bearbeitung: Georg Bruderer)

Gipfel der Heuchelei

Das frühere Hauptdesinformationsorgan der Kommunistischen Partei, die «Prawda», bringt auf der ersten Seite die Schlagzeile: «Der Kapitalismus ist in Russland noch nicht aufgebaut, aber einen GULAG im Zentrum Moskaus gibt es bereits.» Nach Jahrzehnten kommunistischer Konzentrationslager wird jetzt der Kapitalismus mit GULAG gleichgestellt in Anspielung auf die Abschränkungen vor dem Obersten Sowjet. Sind die Autoren selbst so dumm, oder halten sie die Leser für Vollidioten? Und die ehemaligen Deputierten könnte man fragen: «Sag mir, wer deine Freunde sind, dann weiss ich, wer du bist.»

(«Prawda», 1. 10. 93)

Langsam und unsicher

Die Privatisierung entwickelt sich in der Ukraine nur sehr langsam. Es gibt in der Republik mehrere tausend Industrieunternehmen, bis jetzt wurden aber nur 173 Staatsbetriebe privatisiert. Die Regierung hat jetzt eine Liste von Industriegrossunternehmen veröffentlicht, die, in offene Aktiengesellschaften verwandelt, mit Hilfe der ausländischen Investoren privatisiert werden sollen. Dazu gehören: «Asot» in Dnjepropetrowsk, «Zenit» in Kiew, «Kriworoschtal» in Kriwoj Rog, «Saporoschtal» in Saporoschje usw.

(«Moskowskie nowosti», 3. 10. 93)

Offizielle und reelle Arbeitslosigkeit

Der Leiter des Amtes für Beschäftigung der Russischen Föderation, Fjodor Prokopow, hat an der Expertenkonferenz zur Koordinierung der internationalen Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit in Russland bekanntgegeben, dass «die offizielle Zahl von 716 000 Arbeitslosen in Russland nur die Spitze des Eisbergs ist». Man sollte die Millionen der nicht registrierten Arbeitslosen und Kurzarbeiter dazuzählen. Das sind noch etwa fünf bis sieben Millionen. Somit ist die offizielle Arbeitslosigkeit von einem Prozent nur mit Vorbehalt aufzunehmen, im Gegensatz zur realen Arbeitslosenquote von ca. zehn Prozent.

(«Iswestija», 16. 9. 93)